Ergänzung zur Vorlage 338/20 und der Beratung im WKV am 13.10.2020 für die Beschlussfassung im Gemeinderat am 21.10.2020

Zu Beschlussvorschlag 1

Die Sondernutzungsgebühren für die Inanspruchnahme von Außenbewirtschaftungsflächen sind nicht vergleichbar mit den Gebühren für Bewirtschaftungsstände auf Festen und Märkten, wie beispielsweise der Weihnachtsmeile. Die Gebühren für einen Stand (beispielsweise 30 qm) mit Speisen und Getränken würde aktuell bei der Weihnachtsmeile (gerechnet mit 30 Tagen) über 5.000,- Euro betragen. Die Sondernutzungsgebühr für Außengastronomieflächen in vergleichbarer Größe für den gesamten Zeitraum November bis Februar in der Zone I würde sich auf rund 200,- Euro belaufen. Dabei ist natürlich zu beachten, dass es sich bei den Außenflächen der Gastronomen nicht um eine Verkaufsfläche wie bei einem Verkaufsstand handelt und auch der Umschlag auf der jeweiligen Fläche nicht vergleichbar ist. Für einen Gastronom stellt die Pacht für die reine Innenfläche ja die maßgebliche finanzielle Belastung dar, zu der dann noch die Gebühren für die Außenbewirtschaftungsflächen hinzukommen.

In Bezug auf eine möglichst gerechte Handhabung für alle Gastronomen in Bezug auf einen Verzicht der Sondernutzungsgebühren wurde keine Differenzierung zwischen den Gastronomen am Marktplatz und den weiteren Gastronomen vorgenommen. Die Gastronomen am Marktplatz können im Zeitraum der geplanten Weihnachtsmeile nur einen Teil ihrer Außenbewirtschaftungsflächen nutzen, partizipieren aber sicherlich in diesem Zeitraum am unmittelbarsten von der Frequenz der Weihnachtsmeile. In Zahlen bedeutet dies:

Außenbewirtschaftungsfläche der Gastronomen am Marktplatz Sommer 2020	926 qm	
Sondernutzungsgebühren für diese Flächen im Sommer	926 qm x 35,-€	32.410,- €
Sondernutzungsgebühren für diese Flächen im Winter	926 qm x 6,25 €	5.800,- €

Bei einem Verzicht von 75% der Gebühren würde eine Gesamtsumme von rund 1.450,- € bei den Marktplatz-Gastronomen verbleiben.

Da die Gastronomen am Marktplatz bei der Weihnachtsmeile ihre Außenbewirtschaftungsflächen um 1/3 reduzieren müssen, aber gleichzeitig von einer höheren Frequenz partizipieren würden, sahen wir keine Abweichung vom pauschalen Beschlussvorschlag für alle Gastronomen als erforderlich an.

Zu Beschlussvorschlag 2

Bei den in diesem Beschlussvorschlag zusammengefassten Punkten zeigte sich lediglich bei Unterpunkt 4 „Heizsysteme“ eine unterschiedliche Haltung. Die Stadtverwaltung hat bei ihrem Beschlussvorschlag, die Auswirkungen, einerseits auf das Klima und zum anderen für die Gastronomen, intensiv gegeneinander abgewogen und sich aufgrund der außergewöhnlich schwierigen Situation und einer einmaligen Befristung für ein Zulassen entsprechender Heizsysteme (ohne gasbetriebene Heizsysteme wegen Brandschutz) entschieden. Unter Berücksichtigung des schriftlich gestellten Antrags der FDP und dem mündlichen Antrag der Fraktion Bündnis 90 Die Grünen, in der WKV Sitzung ergibt sich folgende Abstimmungsreihenfolge beim Unterpunkt der Beheizungsmöglichkeiten der Außengastronomieflächen:

Beschluss-Variante 1:

Das generelle Verbot von Heizsystemen auf Außengastronomieflächen wird beibehalten.

Beschluss-Variante 2:

Das generelle Verbot von Heizsystemen wird temporär ab Beschluss vorerst bis zum 28.02.2021, aufgehoben – gasbetriebene Systeme sind jedoch aufgrund des hohen Gefahrenpotentials ausgeschlossen. Alternative Systeme (Pellets, Infrarot oder Strom) sind zu bevorzugen.

Beschluss- Variante 3:

Das generelle Verbot von Heizsystemen wird temporär, ab Beschluss vorerst bis zum 28.02.2021, aufgehoben.

15.10.2020

Heinz Mayer

Frank Steinert